



Fachbericht

Politik

Politik und Wirtschaft:
Partnerschaftliches Miteinander oder
Alleingang?



:
Autorin:
Esther Egger
Geboren 1952, wohnhaft in Kirchdorf AG, Kauffrau und
Politikerin.

Sie ist seit 2007 Nationalrätin des Kantons Aargau und gehört
der CVP an.

Esther Egger ist Mitglied der Finanzkommission und der
Staatspolitischen Kommission. Zudem ist sie Mitglied des
Vorstands des Hauseigentümergeverbands Schweiz. Esther Egger
war 12 Jahre Gemeinderätin, 11 Jahre Grossrätin und davon
4 ½ Jahre Fraktionspräsidentin. Im Jahre 2006/2007 präsidierte
sie diesen Rat. Ihre politischen Schwerpunkte liegen in der
Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie in der Energie- und
Bildungspolitik.

Tobelstrasse 8
CH-5416 Kirchdorf
Tel: +41 (0)56 282 56 50
www.esther-egger.ch
eMail esther.egger@parl.ch

Datum: 5. September 2011

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Erfolgsmodell Schweiz.....	4
3. Vorausschauende Wirtschaftspolitik.....	5
4. Rahmenbedingungen schaffen	5
5. Wichtigkeit der Banken als Wirtschaftsfaktor.....	6
6. Frankenstärke – beschränkter politischer Einfluss.....	7
7. Wechselwirkung Politik und Wirtschaft.....	8

1. Einleitung

Hat die Politik Einfluss auf die Wirtschaft? Ja und nein. Entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Wahlkampf ist die Zeit der Parteienezänkereien und der grossen Werbekampagnen. Plakate säumen die Strassenränder, die Zeitungen sind voll mit verführerischen Inseraten mit vielversprechenden Parolen. Manch ein Bürger ist dieser politischen Materialschlacht überdrüssig. Dabei gerät aber oft in Vergessenheit, dass die Politik einen wesentlichen und vielfältigen Einfluss auf unsere Lebenswelten hat. Sie setzt die rechtlichen Rahmenbedingungen, innerhalb deren wir uns bewegen. Sei dies direkt als aktive Stimmbürgerin oder als Bürger unseres Landes. Sei dies indirekt innerhalb eines der verschiedenen Systeme als Konsumentin, Arbeitgebender oder Arbeitnehmende.

Im Folgenden soll das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Politik besonders beleuchtet werden. Es stellt sich die Frage, in welcher gegenseitigen Abhängigkeit Politik und Wirtschaft stehen. Anhand der aktuellen Beispiele „Too big to fail“ und „Frankenstärke“ soll aufgezeigt werden, wie sich Wirtschaft und Politik gegenseitig beeinflussen.

2. Erfolgsmodell Schweiz

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Eine kleine Willensnation inmitten mächtiger Grossstaaten. Die Schweiz gehört zu den reichsten, wettbewerbsfähigsten und innovativsten Ländern der Welt. Sie besitzt ein gutes Bildungssystem, einen hervorragenden Forschungsplatz, einen flexiblen Arbeitsmarkt, gut ausgebaute Infrastrukturen, Rechtssicherheit und politische Stabilität. Sie weist zudem eine geringe Teuerung, tiefe Steuern, eine bescheidene Staatsverschuldung und ebenso



eine tiefe Arbeitslosenquote auf. Darüber eröffnen tiefe Zinsen Investitionsmöglichkeiten und schaffen so auch Möglichkeiten für die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen. Die Standortattraktivität der Schweiz ist aus all diesen Gründen top. Der Beweis: Das Ranking des Weltwirtschaftsforums: Die Schweiz liegt hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft auf dem ersten Platz.

Dieser Erfolg ist nicht zufällig. Er ist Ausdruck einer effektiven Wirtschaftspolitik der Schweiz. Persönlich habe ich mich immer wieder für unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen und für machbare Lösungen eingesetzt. Und genau dies ist doch die Aufgabe der Politik: Das Spielfeld definieren und den Rahmen setzen, worin sich die Marktteilnehmenden bewegen können. Wer aber die gesetzten Grenzen überschreitet, muss geahndet werden. Es ist erfreulich, dass dies in der Schweiz so praktiziert wird. Denn dies ist wohl einer der Hauptgründe für das Erfolgsmodell Schweiz.

3. Vorausschauende Wirtschaftspolitik

Damit das Modell auch künftig erfolgreich funktioniert, braucht es weiterhin eine konsequente und effektive, vor allem aber auch vorausschauende Wirtschaftspolitik. Ein gemütliches Zurücklehnen und sich auf den bisherigen Erfolgen ausruhen wäre unangebracht, ja sogar fahrlässig. Die fortschreitende Globalisierung hat den Standortwettbewerb längst verschärft. Der zunehmende Wettbewerbsdruck zwingt uns, die Standortbedingungen ständig zu überprüfen. Schädliche



Überregulierungen müssen dringend abgeschafft und die Schuldenbremse konsequent beachtet werden – denn attraktive Steuern, effiziente staatliche Leistungen und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind nur möglich, wenn die Staatsfinanzen im Lot sind und kein überdimensionierter Apparat die Effizienz der Staatsbetriebe hindert. Insbesondere KMUs sind aber auch darauf angewiesen, keine unnötigen finanziellen und administrativen Lasten zu haben, die sie behindern. Denn die knapp 400'000 KMUs in unserem Land bilden unbestritten das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft.

4. Rahmenbedingungen schaffen

Wie und unter welchen Voraussetzungen werden Rahmenbedingungen geschaffen? Viele sprechen davon, aber wann wird die Politik aktiv? Zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, wie die Politik Einfluss auf die Wirtschaft ausüben kann und wo ihr die Hände gebunden sind. Beide Themen sind für die kommende Herbstsession 2011 traktandiert.

Zum einen behandeln die eidgenössischen Räte das neue Bankenregulierungsgesetz „Too big to fail“. Hintergrund dieses Geschäfts ist die grösste Staatsintervention des Bundes aller Zeiten. Und zum anderen geht es um griffige und schnelle Massnahmen um die Folgen der Frankenstärke zu mildern.

Die Meldung im Oktober 2008 schlug ein wie der Blitz. Die UBS, einst eines der stolzesten Flaggschiffe der Schweizer Wirtschaft musste vor dem kläglichen Konkurs gerettet werden; Bundesrat und Nationalbank schnürten ein Massnahmenpaket, wie es die Schweiz noch nie gesehen hat. Insgesamt 68 Milliarden Franken sollten aus der Staatskasse zur Rettung der UBS fliessen. Eine zentrale Rolle erhielt dabei die Nationalbank zugeteilt. Sie übernahm kurzerhand von der UBS die nicht mehr handelbaren Papiere und half der Bank mit diesem entscheidenden Schritt über die Runde. Im Bankensektor war man erleichtert, die Volksseele kochte und viele fragten sich, weshalb man die UBS mit ihren in der Öffentlichkeit teilweise arrogant wahrgenommenen Managern überhaupt vor dem Ruin rettete.

Aus heutiger Sicht hat der Bundesrat zweifelsohne zur rechten Zeit das Richtige gemacht. Es ist sicher, dass die UBS nur dank diesem Schritt und in der heute bestehenden Form überleben konnte. Viel Schlimmeres hat mit dieser politischen Entscheidung vermieden werden können.

5. Wichtigkeit der Banken als Wirtschaftsfaktor

Grossbanken nehmen in jeder Volkswirtschaft eine wichtige Rolle ein. In der Schweiz sind UBS und Credit Suisse immanent wichtig. Das Vermögen der beiden Kreditinstitute war im Jahr 2009 knapp fünfmal grösser als das BIP der Schweiz. Zudem sind die Banken seit jeher sehr eng miteinander verbunden. Sie leihen sich gegenseitig grosse Geldsummen. Ein Verlust der Liquidität hat deshalb Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit von anderen Banken. Mit über 300 Milliarden Franken ermöglichen die Schweizer Kreditinstitute gerade den KMUs die nötigen Investitionen. Der drohende Konkurs einer Bank kann daher die Stabilität des gesamten Finanzsystems gefährden und somit auch zu negativen Auswirkungen für die Gesamtwirtschaft führen.

Neben der Sicherstellung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs und der Funktion als Arbeitgeber ist bei den Banken diese Rolle als Kreditgeber entscheidend. Bei einem allfälligen Konkurs wären solche Kredite wohl verloren gegangen und die Unternehmen hätten neue Verhandlungen mit anderen Banken führen müssen. Für die betroffenen Firmen wäre dies eine Katastrophe gewesen, denn gerade in der damaligen Finanz- und Wirtschaftskrise war es äusserst schwierig, Darlehen und Kredite von den Finanzinstituten zu erhalten. Was wäre wohl aus den Tausenden KMU Betrieben geworden, wenn von einem Tag auf den anderen der Geldfluss nicht mehr funktioniert hätte. Löhne wären nicht ausbezahlt worden, Bauprojekte hätten unvollendet abgebrochen werden müssen und Millionen von Lieferantenrechnungen wären unbezahlt geblieben.



Ein Kollaps der UBS hätte also katastrophale Folgen für die Schweizer Volkswirtschaft gehabt. Man spricht in diesem Fall von der „too big to fail“-Problematik. Die Schweizer Grossbanken sind zu gross, um fallen gelassen zu werden. Die Banken sind sich dieser herausragenden Stellung bewusst und wissen, dass sie um jeden Preis von den Regierungen gerettet werden. Sie können deshalb risikoreichere Geschäfte tätigen und sich günstiger verschulden – und somit höhere Renditen erzielen. Für den Staat sind die potentiellen Kosten in einer Krise hingegen riesig. Die Rettung einer Bank kann ihn selber in

finanzielle Nöte bringen, wie die jüngsten Beispiele aus Island oder Irland zeigen.

Die Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise führten zur Einsicht, dass eine neue Bankenregulierung notwendig ist. Ein Fiasko, wie jenes im 2008, soll unter jeden Umständen verhindert werden. Neue Vorschriften sollen dazu führen, dass Banken auch im Falle einer Krise nicht auf Staatsgelder angewiesen sind. Auf internationaler Ebene wurde deshalb das so genannte Basel III-Paket mit verschärften Eigenkapitalvorschriften geschaffen. In der Schweiz hat eine Expertenkommission Vorschläge erarbeitet, die über die internationalen Regeln hinausgehen – aufgrund der herausragenden Rolle der Schweizer Grossbanken für unsere Volkswirtschaft. Der sogenannte „Swiss Finish“ hat zwei Ziele. Einerseits sollen die Banken mehr Reserven bilden, um gar nicht erst in eine Krise zu kommen. Andererseits sollen die Grossbanken die Kosten einer Unternehmenskrise wieder vollständig selbst tragen.

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich die Rolle der Politik. Es liegt an ihr, eine breit akzeptierte Lösung auszuhandeln. Es herrscht zwar Einigkeit darüber, dass Massnahmen zur Begrenzung der von Grossunternehmen ausgehenden Risiken notwendig sind. Wie diese aber im Detail aussehen, bestimmt das Schweizer Parlament. Der Teufel liegt bekanntlich einmal mehr im Detail. Sowohl die

zuständige Kommission des Ständerats als auch jene des Nationalrats haben den Expertenbericht grundsätzlich gutgeheissen. Somit wird das Parlament in der Herbstsession über das Massnahmenpaket entscheiden. Wie bei den meisten komplexen Sachgeschäften üblich, gilt es auch hier eine Balance zu finden. Einerseits sollen die Systemrisiken minimiert werden, andererseits müssen die Schweizer Banken im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben können.

6. Frankenstärke – beschränkter politischer Einfluss

Nicht immer beweist die Politik eine derart grosse Entscheidungskraft. Jüngstes Beispiel über die beschränkte Handlungsfähigkeit der Politik ist die Frankenkrise. Innert weniger Wochen sank der Wert des Euros praktisch auf einen Franken. Spekulanten kauften Schweizer Franken als sichere Geldanlage und unsere Währung wurde in der Folge massiv überbewertet. Darunter leiden vor allem die Exportbranche sowie der Tourismus und nun auch stark die Zulieferfirmen; allesamt äusserst relevante Wirtschaftszweige der Schweiz, verdienen wir doch jeden zweiten Franken im Ausland.



Die Lage ist äusserst prekär. Die Betroffenen ächzen zu Recht unter dieser Last und verlangen einen Eingriff der Politik. Dieser sind aber weitgehend die Hände gebunden. Zuständig für die Währungspolitik ist die unabhängige Schweizer Nationalbank. Sie verfügt über das Banknoten-Monopol und steuert die Geldmenge. Dadurch kann sie einen starken Einfluss auf die Zinsen und Wechselkurse des Schweizer Francs nehmen. Die Unabhängigkeit der Schweizer Nationalbank ist zweifelsohne wichtig und richtig. So kann sie – ohne Rücksichtnahme

auf möglichen Druck der Öffentlichkeit – auch unpopuläre Entscheidungen treffen. Derzeit sind sich alle Parteien einig, dass die Nationalbank intervenieren muss – was sie mit Ankäufen von Euros auch schon gemacht hat. Eine Wirkung ist bereits ersichtlich, ob diese allerdings anhält, bleibt ungewiss. Der eingeschlagene Weg muss also konsequent und entschlossen weiter geführt werden. Einen direkten politischen Einfluss haben aber weder Parlament noch Bundesrat. Der Einfluss der Politik bleibt also sehr beschränkt.

Was von der Politik möglich ist, sind geeignete Begleitmassnahmen zu treffen. Der Bundesrat hat kürzlich bekanntgegeben, dass er zwei Milliarden zu Gunsten der unter der Frankenstärke leidenden Branchen investieren will. Wenige Zeit später lag dann ein massiv gekürztes Massnahmenpaket 2011 im Rahmen von rund 0,9 Mia Franken vor. Inzwischen hat die Schweizerische Nationalbank - es hat eingeschlagen wie ein Paukenschlag – mit der Setzung eines expliziten Wechselkursziels einen äusserst wichtigen Schritt getan. Dies ohne die Politik, das ist richtig. Der Entscheid ist mutig, aber auch wohlüberlegt, entschlossen und massvoll. Das Hauptanliegen muss die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die langfristige Standortattraktivität der Schweizer Volkswirtschaft sein.

Nicht nur, aber auch vor diesem Hintergrund hat die Finanzkommission das Massnahmenpaket des Bundesrats zu grossen Teilen abgelehnt. Wesentlich wäre gewesen, die Mittel zielorientiert und nicht willkürlich einzusetzen. Das war im vorliegenden Paket nicht der Fall. Einige der Massnahmen wie z.B. Erweiterung der Kurzarbeit kann der Bundesrat aufgrund der gesetzlichen Vorgaben bereits heute in eigener Kompetenz vollziehen. Die geplanten kurzfristigen Entlastungen in den Bereichen Exportförderung und Verkehr haben nicht überzeugt. Einzig die Förderung von Technologie und Innovation zur Stärkung des Standorts Schweiz sind sinnvoll. Der Entscheid der

Nationalbank wird ein Kraftakt werden. Gerade deshalb ist es für die Schweiz wichtig, dass wir nicht einfach Begehrlichkeiten nachgeben – und deren sind im Moment viele vorhanden – sondern dem Staatshaushalt Sorge tragen. Das heisst für mich, dass der voraussichtliche Überschuss der Rechnung 2011 nicht umgehend wieder ausgegeben werden darf.

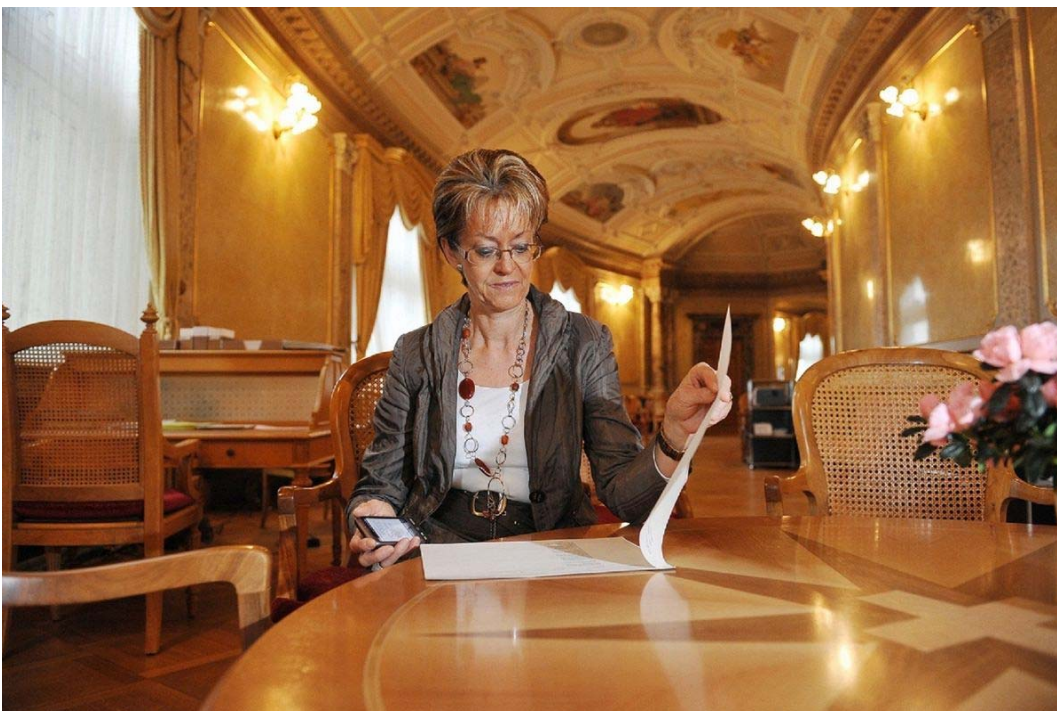
Man darf nun gespannt sein, wie der Ständerat über dieses Paket befindet. Zur Diskussion steht nämlich zusätzlich die vom Tourismus und breiten politischen Kreisen geforderte Senkung des Mehrwertsteuersatzes. Dies wäre eine momentan sicher wichtige Stützung des arg gebeutelten Tourismus, eine solche darf jedoch aus meiner Sicht nur vorübergehend sein. Spätestens bei der anstehenden Mehrwertsteuer-Revision muss eine einheitliche Lösung für alle Branchen gefunden werden.

7. Wechselwirkung Politik und Wirtschaft

Diese Wechselwirkung besteht! Denn die Politik setzt die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und muss diese Verantwortung ernst nehmen. In der Vergangenheit ist ihr dies gelungen. Die



Schweiz ist international konkurrenzfähig und verfügt über die besten Perspektiven, dies auch in Zukunft zu sein. Bei jeder politischen Entscheidung gilt es aber die Auswirkungen für den Finanz- und Werkplatz Schweiz abzuwägen. Zu starke Regulierungen hemmen das Wirtschaftswachstum und zerstören die Innovationskraft. Eine laissez-faire Politik kann hingegen das ganze System bedrohen. Wir müssen aus den Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise lernen – und ausgewogene Regeln anstreben. In jedem Bereich.



Esther Egger, Nationalrätin AG (CVP)

Beschrieb: To big to fail

In der Finanzkrise mussten verschiedene Grossbanken von Regierungen finanziell unterstützt werden. Ein Konkurs eines Geldinstituts hätte verheerende Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft gehabt. Um Banken für künftige Krisen zu stärken und staatliche Eingriffe zu verhindern, hat man auf internationaler Ebene das Basel-Regelwerk verabschiedet. In der Schweiz hat eine Expertenkommission Massnahmen vorgeschlagen, die über die internationalen Regeln hinausgehen. Beide Regelwerke wollen durch härtere Eigenkapitalanforderungen eine erneute Krise unwahrscheinlicher machen. Zudem wollen sie die Banken teilweise neu organisieren und das Verfahren im Konkurs besser regeln. Sowohl die Finanzkommission des Ständerats als auch jene des Nationalrats sind auf das Geschäft eingetreten. Das Parlament befindet in der Herbstsession über dieses Geschäft.

Beschrieb: Frankenkrise

Innert weniger Wochen ist der Wert des Schweizer Franks um über dreissig Prozent gestiegen. Das trifft besonders die Exportbranche und den Tourismus stark. Die Politik kann aber keinen direkten Einfluss auf die Frankenstärke nehmen. Denn die Steuerung der Geldmenge obliegt der unabhängigen Schweizer Nationalbank, die das Banknoten-Monopol besitzt. Das Parlament behandelt in der kommenden Session verschiedene Massnahmen, um die betroffenen Branchen zu unterstützen. Dabei befindet es über den Vorschlag des Bundesrats, der zwei Milliarden Franken zur Abfederung der Frankenstärke und die Stützung der Schweizer Wirtschaft einsetzen will. Damit möchte er die betroffenen Sektoren stärken und der Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland vorbeugen.

Bildquellen

Rütlichswur:

http://www.polizeibericht.ch/ger_image_23294/Archivbild_Ruetlichswur.html

Bundeshaus:

http://www.g26.ch/berninfo_bundeshaus.html

Bank:

<http://www.artikelmagazin.de/wirtschaft/finanzen/bankenkrise-ist-die-bad-bank-wirklich-boese.html>

Schweizer Franken:

http://www.webkredit.ch/de/kredit_news?news=/top_themen/Online%20Privatkredit%20beantragen

Waage:

<http://bildwoerterbuch.pons.eu/wissenschaft/messinstrumente/wiegen/roberval-waage.php>



KMU SWISS AG

Täfernstrasse 11

CH-5405 Baden-Dättwil

Telefon +41 (0)56 544 44 00

Fax +41 (0)56 288 05 20

www.kmuswiss.ch